



## Geht auseinander!

Kirche und Politik sind sich zu nah, das schadet beiden. Sie sollten sich auf ihre Kompetenzen besinnen. Ein Gastbeitrag

Johannes Singhammer

VON JOHANNES SINGHAMMER

Flüchtlinge müssten sich in Transitzone "wie in Konzentrationslagern" vorkommen, schaltete sich Bischof Franz-Josef Overbeck letztes Jahr in den Koalitionsstreit zu diesem Thema ein. Mit solchen machtvollen Worten begeben sich die großen christlichen Kirchen immer wieder in die politische Arena. Kaum eine Entscheidung in Berlin, des Bundestages oder der Regierung, bleibt unkommentiert. Mit verlässlicher Regelmäßigkeit sehen sich die Kirchen in der Autoritätsposition und in der Pflicht, zu fundamentalen Fragen der Gerechtigkeit und des sozialen Zusammenhalts politische Position zu nehmen. "Es wäre völlig undenkbar, dass man beim Thema Flüchtlinge schweigt als Kirche", erklärt zum Beispiel Bischof Heinrich Bedford-Strohm, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland. Aber auch zu - nicht ganz so fundamentalen - Themen wie zum Beispiel Energiewende und Mindestlohn äußern sich die Kirchen prominent und oft detailliert.

Je nach politischer Ausrichtung erfreut das politische Parteien oder beschwert sie. Teile der Unionsparteien, zumal die CSU, geraten in der Zuwanderungsfrage in einen schmerzlichen Konflikt mit den christlichen Kirchen. Wenn die christlichen Kirchen dagegen in Fragen der Familie oder der Abtreibung ihre Stimme erheben, reagieren etwa Bündnis 90/Die Grünen mit distanzierendem Achselzucken. Die Religionsfreiheit erlaubt die Kritik der Kirchen nicht nur, sondern verlangt nach dem öffentlichen Wort und der Tat der Kirchen. Unser Grundgesetz garantiert die Religionsfreiheit, die Einmischung der Kirchen - ob es dem einen oder anderen gefällt oder nicht. Politisch Verantwortliche haben das zu respektieren und in diesem Zusammenhang jeden versteckten Hinweis auf Kirchensteuer oder staatliche Zuschüsse für von Kirchen übernommene öffentliche Aufgaben zu unterlassen, weil diese Spitzen auch geeignet sein können, die Unabhängigkeit und Freiheit der Kirchen zu tangieren.

Dennoch wächst bei nicht wenigen ein Unbehagen über die immer häufigere Bewertung von dem, was gut oder

schlecht in der Tagespolitik sei. Weil in der politischen Arena ein zusätzlicher Meinungsbildner auftritt, der nie beabsichtigt, sich freien und gleichen und geheimen Wahlen zu stellen, und seine Autorität auch in politischen Fragen stattdessen von einer höheren Macht ableitet.

Denn die Kirchen befinden sich in einer herausragenden, einzigartigen Position. Sie können fordern, ohne daran gemessen werden zu müssen, was am Ende tatsächlich unter den Zwängen notwendiger Kompromisse in der Tagespolitik machbar und möglich ist. Die gesinnungsethische Maximalforderung fordert die Realität heraus und muss sich nicht daran messen lassen, was aus der Perspektive einer Verantwortungsethik möglich ist. Auch gehen in der Politik notwendigerweise manchmal Gesinnungsethik und die Anforderungen politischer Realitäten auseinander: Die gute Botschaft ist eine Botschaft des Friedens, dennoch kann Deutschland nicht auf Bundeswehr und Militärbündnisse verzichten - gerade um des Friedens willen.

In Deutschland sind wir stolz auf eine Balance zwischen Kirche und Politik nach einem Jahrhunderte dauernden, oft konfliktreichen Prozess. Vom Investitionsstreit des Mittelalters, ob nun Papst oder Kaiser das letzte Wort bei der Besetzung der Bischofsstühle haben, über den Kulturkampf zwischen Katholiken und dem protestantischen Kaiserhof in Berlin im 19. Jahrhundert haben Kirche und Staat zu einem fein austarierten, segensreichen Verhältnis der Kooperation in Deutschland gefunden. Anders als in den Vereinigten Staaten oder Frankreich mit ihrer strikten Trennung regeln etwa Konkordate in Deutschland die Zusammenarbeit zum Wohl aller. Sie schaffen ein Gleichgewicht im Verhältnis von Kirche und Staat, mit einem wechselseitigen Durchdringen, einem vereinbarten Neben- und Miteinander.

Die großen Kirchen, aber auch kleinere

Religionsgemeinschaften müssen selbst entscheiden, wie weit sie sich in die politische Arena hineinbegeben wollen und damit auch in die politische Nahauseinandersetzung. Das beschämende Schweigen vieler in den Kirchen in der Zeit des Nationalsozialismus empfinden

die Kirchen zu Recht als ein auf Dauer angelegtes Mandat, Angriffe auf die Würde jedes Menschen rechtzeitig anzumahnen und abzuwehren. Damit erfüllen die Kirchen eine gesellschaftliche und moralische Funktion von zentraler Bedeutung.

So waren es jahrhundertlang die Kirchen, die sich für die sozial Schwachen eingesetzt haben, nicht nur durch Wohltätigkeit, sondern auch durch Politik, etwa als der "Arbeiterbischof" Wilhelm Emmanuel von Ketteler im 19. Jahrhundert katholische Arbeiter aufrief, sich zu organisieren. Man denke auch an so kluge Köpfe wie Oswald von Nell-Breuning, den "Nestor der katholischen Soziallehre". Nicht zu vergessen sind vor allem die vielen Priester und Pfarrer, die wie Dietrich Bonhoeffer ihr Leben gaben, um für ihre christlichen Überzeugungen gegen das nationalsozialistische politische Regime aufzubegehren. In der DDR leisteten unzählige Gemeinden wichtige Widerstandsarbeit und legten mit den Montagsdemonstrationen 1989 einen Grundstein für die friedliche Revolution. Auch in Westdeutschland wirkte christlicher Pazifismus maßgeblich an Friedensbewegungen mit und setzten sich die katholische und die evangelische Kirche kritisch mit Themen wie Militärdienst und Wiederaufrüstung auseinander.

Dennoch ist die Aufwertung von ausschließlich tagespolitischen Formaten zu historischen Entscheidungen nicht ohne jedes Risiko. Manche fragen sich, ob detailliertere Einlassungen notwendig sind zu Einzelfragen des Mindestlohnes oder den Detailprozessen der Energiewende.

Viele in der Politik, mich eingeschlossen, wissen, dass politische Entscheidungen, auch wenn sie vorher einer eigenen Gewissensprüfung unterzogen worden



sind, irrtumsbehaftet bleiben. Eine oft schmerzliche Erscheinung, die sich manchmal erst mit der Verzögerung von einigen Jahren herausstellt und viele Kolleginnen und Kollegen im Parlament belastet. Es bleibt dabei, die Politik kann nur die vorletzten Wahrheiten und Erkenntnisse verkünden. Deshalb hatte Franz Josef Strauß recht, wenn er für die CSU meinte: "Wir dürfen nie den Anspruch erheben, christliche Politik zu machen, sondern nur Politik aus christlicher Verantwortung zu gestalten."

Die Kirchen haben das Privileg der Verkündigung der Frohen Botschaft und der letzten Wahrheit. Je mehr in der öffentlichen Wahrnehmung Kirche als Kombattant in der politischen Meinungsbildung wahrgenommen wird, desto mehr wächst das Risiko, dass sich die einzigartige Position der Kirchen in den Augen mancher verunklart.

"Der Staat lebt nicht von den Weisungen der Kirche, sondern von den Früchten ihrer geistigen Existenz", stellte der erste Präsident des Deutschen Bundestages, Hermann Ehlers, 1953 fest. Es ergibt Sinn, wenn die Kirchen ihr Privileg in der öffentlichen Diskussion bewerten und es nicht für Einmischungen in kleinteiliger Tagespolitik zu kleiner Münze machen. Bei fast 400 000 Kirchenaustritten allein im Jahr 2015 sollten katholische und evangelische Kirche sich darauf konzentrieren, Menschen zu erreichen und mitzunehmen. Dass politische Lobbyarbeit dafür der richtige Weg ist, ist unwahrscheinlich.

Aber auch jeder Verantwortungsbe-

wusste in der Politik muss sich hüten, quasireligiöse Programme aufzulegen und für den eigenen politischen Standpunkt höhere Mächte zu bemühen. Denn auch wenn die Kirchen Mitglieder verlieren, viele in der professionellen Politik spüren: Immer mehr Menschen suchen nach dem letzten Sinn des Lebens, den weder Politik noch Staat vermitteln können. Als Christ glaube ich, dass gerade jetzt die Zeit für die Frohe Botschaft besonders fruchtbar ist. Keine auch noch so gelungene politische Rede kann der ewig gültigen Kraft des Evangeliums nahekommen. Auch das wortmächtigste Parteiprogramm vermag nicht, Menschen existenziell über Zeit und Raum hinweg zu berühren, zu erschüttern und zu befreien wie die Frohe Botschaft. Die Botschaften aus der Bibel entstammen einer anderen Dimension.

Deshalb: Deutschland braucht die christlichen Kirchen, braucht die politischen Parteien, aber ein dynamisch wachsender Bedarf an politisierten Kirchen oder religiösen Parteien ist noch nicht stichhaltig nachgewiesen worden.

\*\*\*

Johannes Singhammer Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages (53) ist Direktkandidat des Wahlkreises München-Nord. Der Jurist war Vorsitzender der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, zuständig für Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. 2012 forderte er die Verschärfung des Blasphemie-Paragrafen, nachdem ein islamfeindliches Schmähvideo in einigen Ländern zu gewalttätigen Ausschreitungen geführt hatte. h1